

Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Wochner, Timo

Article

Kanzlerpartei und Wirtschaftswachstum in Deutschland - Eine Analyse seit 1951

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Günther, Aaron; Potrafke, Niklas; Wochner, Timo (2025) : Kanzlerpartei und Wirtschaftswachstum in Deutschland - Eine Analyse seit 1951, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 01, pp. 49-53

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/314782>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Aaron Günther, Niklas Potrafke und Timo Wochner

Kanzlerpartei und Wirtschaftswachstum in Deutschland

Eine Analyse seit 1951

Im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 spielt die Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle im Wahlkampf. Nach voraussichtlich zwei Jahren mit negativem Wirtschaftswachstum in Folge scheint die deutsche Wirtschaft in einer strukturellen Krise zu stecken. Für die Beurteilung von politischen Akteuren nehmen wirtschaftliche Kennzahlen eine wichtige Rolle ein. Da sie oft einfach messbar und kommunizierbar sind, können sie gut dem Handeln einer Regierung zugeordnet werden. Ein Beispiel dafür ist die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Für die Vereinigten Staaten zeigen Blinder und Watson (2016), dass das Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1949–2012 unter Präsidenten der demokratischen Partei (der politisch linken Alternative) durchschnittlich 1,79 Prozentpunkte höher lag als unter republikanischen Präsidenten (der politisch rechten Alternative). Dieser Befund knüpft an die politökonomische Literatur zur Frage an, inwieweit die parteipolitische Zusammensetzung die Wirtschaftspolitik beeinflusst (*Partisan Politics*) (siehe Hibbs 1977; Chappell und Keech 1986; Alesina 1987; Schmidt 1996; Potrafke 2017, 2018).

Eine ähnliche Untersuchung, wie sie Blinder und Watson (2016) für die Vereinigten Staaten vorgenommen haben, bietet sich auch für Deutschland an: Wie unterscheidet sich das Wirtschaftswachstum unter Bundeskanzlern der Christdemokraten (CDU)¹ im Vergleich zu denen der Sozialdemokraten (SPD)? In diesem Artikel analysieren wir deskriptiv den Zusammenhang zwischen den Kanzlerparteien und dem Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik seit 1951.

¹ Von der CSU gab es keinen Bundeskanzler.

IN KÜRZE

Wirtschaftliche Kennzahlen wie das Wirtschaftswachstum sind wichtige Indikatoren zur Bewertung politischer Entscheidungsträger. In den USA hatten Präsidenten der demokratischen Partei höhere Wachstumsraten als die der republikanischen Partei. Dieser Artikel untersucht den Zusammenhang zwischen der Kanzlerpartei und dem Wirtschaftswachstum in Deutschland seit 1951 und zeigt, dass das Wachstum unter CDU-Kanzlern höher als unter SPD-Kanzlern ausfiel, was jedoch stark von den Nachkriegsjahren unter Konrad Adenauer (CDU) getrieben ist. Zudem war das Wachstum unter CDU-Kanzlern etwas positiver im Vergleich mit den übrigen G-7-Ländern und der deutsche Aktienleitindex entwickelte sich in den Jahren der CDU-Kanzler tendenziell besser. Ein Zusammenhang zwischen der parteipolitischen Zusammensetzung der Länderregierungen und dem Wirtschaftswachstum in Gesamtdeutschland zeigt sich hingegen nicht. Die Ergebnisse lassen offen, ob die Unterschiede im Wirtschaftswachstum unter CDU- und SPD-Kanzlern auf politische Maßnahmen oder äußere Faktoren zurückzuführen sind.

Für die Vereinigten Staaten ist eine »Wachstumslücke« zwischen demokratischen und republikanischen Präsidenten beobachtbar, die nicht allein durch technische Zeitreihenmechanik erklärbar ist. Die Frage ist jedoch, ob die Lücke wirklich auf die Politik der Präsidenten zurückgeführt werden kann oder andere Faktoren eine wichtige Rolle spielen. In



Aaron Günther

ist Doktorand am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.



Prof. Dr. Niklas Potrafke

leitet das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie und ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbes. Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



Timo Wochner

ist Doktorand am ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.

einer einschlägigen Studie testen Blinder und Watson (2016) verschiedene Erklärmechanismen und kommen zu dem Ergebnis, dass demokratische Präsidenten in den Vereinigten Staaten weniger von Ölpreisschocks betroffen waren und eher von der Erholung nach solchen Schocks profitierten. Außerdem wuchs die Produktivität unter Demokraten stärker und das internationale Umfeld war wachstumsfreundlicher. Dies alles sind Faktoren, die nur bedingt direkt vom Präsidenten beeinflusst werden können. Jedoch verbleibt auch nach der Berücksichtigung dieser Faktoren eine »Wachstumslücke« von mehr als einem halben Prozentpunkt (Blinder und Watson 2016).

Dies nehmen Cahan und Potrafke (2021) zum Anlass für ein weiteres mögliches Erklärmuster, indem sie die parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen der Bundesstaaten betrachten und untersuchen, ob sich die »Wachstumslücke« auf Bundesebene durch die parteipolitische Zusammensetzung in den US-Bundesstaaten erklären lässt. Die Ergebnisse zeigen, dass die nationale Wirtschaft mit einem größeren Anteil an demokratischen Gouverneuren in den US-Bundesstaaten stärker wächst. In der vorliegenden Studie gehen wir der Frage nach, ob die Ergebnisse aus den Vereinigten Staaten auch auf Deutschland übertragbar sind.

VOM WIRTSCHAFTSWUNDER BIS ZU GROSSEN KRISEN

Nach Gründung der Bundesrepublik und im Zuge des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg gab es enorm hohe Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von bis zu 10% pro Jahr (vgl. Abb. 1). Beispielsweise wurde im Jahr 1955 unter CDU-Kanzler Konrad Adenauer ein Wachstum von 12,1% im Vergleich zum Vorjahr erreicht. Von diesem hohen Ausgangsniveau ging der Trend des Wirtschaftswachstums in Deutschland mit den üblichen konjunkturellen Schwankungen konstant nach unten. Das erste Jahr mit negativem Wachstum (-0,3%) war 1967 und führte unter anderem auch zum Sturz des damaligen Bundeskanzlers und früheren Wirtschaftsministers Ludwig Erhard (CDU). Die nächste Rezession gab es 1975 unter SPD-Kanzler Helmut Schmidt infolge des Ölpreisschocks. Danach lassen sich auf den ersten Blick keine großen Unterschiede mehr in den Wachstumsraten zwischen CDU- und SPD-Bundeskanzlern erkennen. Unter CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel fielen mit der Finanzkrise 2008/09 und der Corona-Pandemie 2020 die größten Einbrüche des Wachstums in der Nachkriegsgeschichte, nach denen es aber auch eine zügige Erholung gab.

CDU-KANZLER TENDENZIELL MIT HÖHEREN WACHSTUMSRATEN

Betrachtet man die BIP-Wachstumsraten unter den neun deutschen Bundeskanzlern, so ist ebenfalls der fallende Trend im Verlauf der Jahrzehnte zu erkennen (vgl. Abb. 2). Jedoch waren die Wachstumsraten unter CDU-Kanzlern höher als unter SPD-Kanzlern. Während unter Willy Brandt (SPD) noch ein durchschnittliches Wachstum von über 4% erreicht wurde, schafften die anderen SPD-Kanzler im Durchschnitt über ihre Amtszeit kein Wachstum von mehr als 2%. Gemessen am Wachstum steht Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Ende des Rankings mit einem durchschnittlichen Wachstum von lediglich 0,55%. Beobachtet wird selbstverständlich nicht, wie groß das Wachstum unter einem Kanzler der jeweils anderen Partei gewesen wäre. So hätte die bislang schlechteste Wachstumsperformance Deutschlands unter Olaf Scholz ggf. unter einem CDU-Kanzler noch unterboten werden können. Außerdem haben die Bundeskanzler unter jeweils sehr unterschiedlichen globalen Umständen ihr Amt ausgeführt. Der Mittelwertvergleich der Wachstumsraten unter den jeweiligen deutschen Bundeskanzlern berücksichtigt dies nicht.

Um die globalen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, unter denen die jeweiligen Bundeskanzler regiert haben, bilden wir in Abbildung 2 jedoch auch (in helleren Farben) als Vergleich die jeweilige durchschnittliche Wachstumsrate in den übrigen G-7-Ländern ohne Deutschland (Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Vereinigte Staaten) ab.

Abb. 1
Wirtschaftswachstum in Deutschland 1951–2023
Jährliche BIP-Wachstumsrate

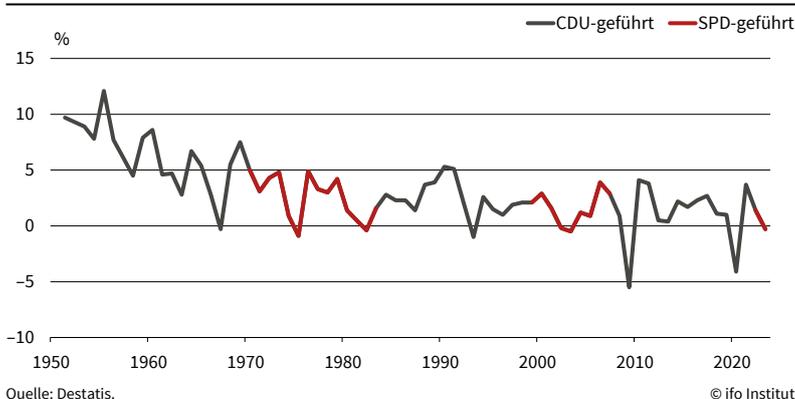
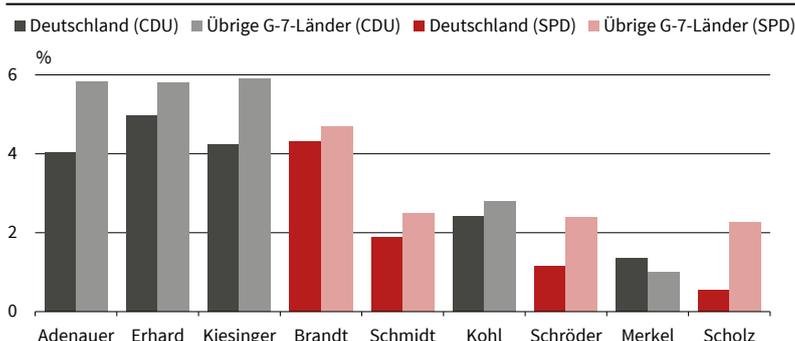


Abb. 2
Wirtschaftswachstum unter Kanzlern im Vergleich zu G-7-Ländern (ab 1961)^a
Jährliche BIP-Wachstumsrate



^a Für Konrad Adenauer (CDU) sind nur Daten ab 1961 berücksichtigt, weil die Wachstumsraten für die G-7-Länder erst ab dann verfügbar sind.
Quelle: Destatis; Weltbank.

Mit Ausnahme der Amtszeit von Angela Merkel entwickelte sich Deutschland im G-7-Vergleich schlechter als der Durchschnitt der anderen sechs Länder. Eine klare Tendenz nach Parteien ist nicht erkennbar. Die Lücke zu den anderen Industriestaaten war jedoch auch unter Kanzler Scholz mit deutlichem Abstand am größten.

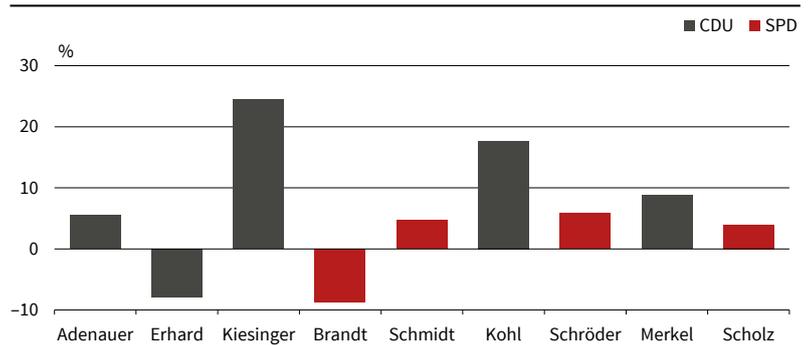
Als weiteres Maß für die wirtschaftliche Entwicklung unter verschiedenen Kanzlern zeigt Abbildung 3 den Durchschnitt der jährlichen Wachstumsrate des deutschen Aktienleitindex für die Amtszeiten der verschiedenen Kanzler. Ähnliche Analysen für die USA zeigen, dass sich die Aktienmärkte unter demokratischen Präsidenten besser entwickelt haben als unter republikanischen Präsidenten (Santa-Clara und Valkanov 2003; Pastor und Veronesi 2020).

Vor der Einführung des DAX 1988 beziehen sich die Daten auf den 1959 eingeführten Index der *Börsen-Zeitung*. Als Wachstumsrate wurde die Veränderung des Kurses am Jahresende zum Jahresanfang gemessen. Mit Ausnahme der Kanzler Erhard und Brandt gab es im Durchschnitt über die Amtszeiten der Kanzler ein positives Wachstum, das besonders hoch unter den CDU-Kanzlern Kiesinger und Kohl ausfiel. Tendenziell zeigt sich hier das gleiche Bild wie beim BIP-Wachstum: Unter CDU-Kanzlern wurde ein leicht höheres Wachstum erreicht. Allerdings ist die Korrelation zwischen den jährlichen Wachstumsraten des BIP und des Aktienleitindex mit $-0,187$ (p -Wert: $0,136$) gering. Die Entkopplung zeigt sich auch mit Blick auf die aktuellen Daten aus dem Jahr 2024, die zwar ein negatives BIP-Wachstum, aber ein positives Wachstum des DAX von $18,9\%$ ausweisen.

LANDESEBENE ENTWICKELT SICH GEGENLÄUFIG ZU BUNDESEBENE

Das deutsche politische System ist föderal ausgerichtet und gibt den 16 Bundesländern daher die Macht, bei wichtigen Gesetzen, auch wirtschaftspolitischen, über den Bundesrat mitzubestimmen. Daher sollen in die spätere Analyse auch der Anteil der Ministerpräsidenten einfließen, die von der jeweiligen Kanzlerpartei gestellt wurden, analog zu der Analyse von

Abb. 3
Wachstumsraten des Aktienleitindex unter Kanzlern (ab 1959)^a



^a Die Wachstumsraten wurden durch den Vergleich des Jahresstartwerts mit dem Jahresendwert gebildet; 1959–1987 Index der Börsen-Zeitung und ab 1988 DAX. Quelle: Börsen-Zeitung; Deutsche Börse; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Cahan und Potrafke (2021) in den USA. Ggf. war das Wirtschaftswachstum unter CDU-Kanzlern in Deutschland höher, weil in großen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, die maßgeblich das Wirtschaftswachstum Gesamtdeutschlands beeinflussen, lange Zeit die SPD regiert hat. Mit wenigen Ausnahmen gab es in Deutschland nur Ministerpräsidenten von CDU und SPD. Während die SPD die meisten Länderregierungen in den 1970er- und 1990er-Jahren anführte, hatte die CDU den höchsten Anteil an Ministerpräsidenten in den 2000er-Jahren. Somit ist zumindest seit der Wiedervereinigung ein gegenläufiger Trend auf Länderebene im Vergleich zur amtierenden Regierung auf Bundesebene beobachtbar. Dieser Fakt kann wiederum Einfluss auf die Wirtschaftspolitik und damit auch auf die Wachstumsrate in Gesamtdeutschland haben.

METHODIK UND REGRESSIONSERGEBNISSE

Um den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und der Partei des Bundeskanzlers zu untersuchen, wird die BIP-Wachstumsrate auf eine Dummyvariable regressiert (vgl. Tab. 1). Diese nimmt den Wert 1 an, wenn ein Kanzler von der CDU die Mehrheit der Monate dieses Jahres amtiert. Modell 1 ohne Kontrollvariablen legt nahe, dass die Wachstumsrate unter CDU-Kanzlern um 1,6 Prozentpunkte höher war als

Tab. 1
Wachstumsraten und CDU-Kanzler

	BIP-Wachstumsrate				DAX-Wachstumsrate
	1951–2023 (1)	1964–2023 (2)	1951–1989 (3)	1991–2023 (4)	1959–2023 (5)
CDU-Kanzler	1,613** (0,620)	0,344 (0,577)	2,773*** (0,834)	0,522 (0,623)	9,092 (5,884)
Beobachtungen	73	60	39	33	65
R ²	0,059	0,005	0,189	0,012	0,036
Mittelwert Y	3,09	2,18	4,47	1,39	8,57

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt die Ergebnisse von Regressionen eines Dummies für CDU-Kanzler auf die BIP-Wachstumsrate (Modell 1–4) und die Wachstumsrate des deutschen Aktienleitindex (Modell 5). Robuste Standardfehler in Klammern. * $p < 0,1$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

unter SPD-Kanzlern. Dieser Effekt ist in der Größenordnung vergleichbar mit dem Befund von Blinder und Watson (2016) für die Vereinigten Staaten, allerdings zeigt er dort in die andere Richtung mit höheren Wachstumsraten unter demokratischen als unter republikanischen Präsidenten.

Modell 2 schließt die Amtsjahre des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer aus und betrachtet nur Daten ab dem Jahr 1964. Hier wird deutlich, dass der Gesamteffekt stark von den Anfangsjahren getrieben wird, da der Punktschätzer mit 0,34 Prozentpunkten für CDU-Kanzler zwar immer noch positiv ist, jedoch deutlich kleiner als für den Gesamtzeitraum ausfällt und nicht mehr statistisch signifikant ist. Dies lässt sich mit den hohen Wachstumsraten (vgl. Abb. 1) in der Amtszeit Adenauers während der Zeit des »Wirtschaftswunders« erklären.

Modell 3 und 4 teilen die Beobachtungen in einen Zeitraum vor der Wiedervereinigung (Modell 3) und nach der Wiedervereinigung (Modell 4). In den Jahren bis 1989 ist der Einfluss der CDU-Kanzler stark positiv und mit einem Wert von 2,8 Prozentpunkten fällt er noch höher aus als im Gesamtmodell. Dagegen ist in der Zeit nach der Wiedervereinigung der Punktschätzer für den CDU-Kanzler-Dummy zwar immer noch positiv, jedoch nicht statistisch signifikant. Diese Ergebnisse decken sich mit einer Analyse von Kauder et al. (2014), die unter rechtskonservativen Regierungen (CDU/FDP) in Deutschland ebenfalls eine höhere Wachstumsrate nachweisen, den Effekt jedoch auf die Anfangsjahre der Bundesrepublik zurückführen.

Modell 5 verwendet eine andere abhängige Variable als die anderen Modelle und betrachtet den Zusammenhang zwischen CDU-Kanzlern und der Wachstumsrate des deutschen Aktienleitindex. Zwar zeigt sich auch hier ein positiver Punktschätzer von ungefähr 9 Prozentpunkten, allerdings ist dieser nicht statistisch signifikant.

Die Ergebnisse spiegeln eine Korrelation wider und geben keine Auskunft darüber, ob die Politik der jeweiligen Kanzler für höhere Wachstumsraten verantwortlich waren oder es eine Koexistenz von CDU-Kanzlern und höheren Wachstumsraten gibt. Eine kausale Analyse gestaltet sich im Setting eines Landes ohne beobachtbares kontrafaktisches Szenario jedoch schwierig.

In einem zweiten Schritt beziehen wir die Zusammensetzung der Länderregierungen mit in das Modell ein. Der Anteil der CDU-Ministerpräsidenten korreliert nicht statistisch signifikant mit der Wirtschaftswachstumsrate Gesamtdeutschlands (vgl. Tab. 2). Das Vorzeichen des Punktschätzers der CDU-Ministerpräsidenten-Dummy ist negativ, jedoch in allen gewählten Zeiträumen statistisch nicht signifikant. Es stellt sich die Frage, inwieweit das Wirtschaftswachstum unter CDU-Kanzlern höher als unter SPD-Kanzlern gewesen ist, wenn der Anteil von CDU-Ministerpräsidenten hoch (bzw. niedrig) war. Um dies zu testen, nehmen wir auch den Interaktionsterm zwischen dem CDU-Kanzler-Dummy und dem Anteil der CDU-Ministerpräsidenten auf. Die Ergebnisse zeigen, dass dieser Interaktionsterm in allen gewählten Modellen nicht statistisch signifikant ist. Gleiches zeigt sich auch bei der Verwendung der Wachstumsrate des Aktienleitindex als abhängige Variable (Modell 5). Insgesamt spricht dies für einen geringen Einfluss der Parteizugehörigkeit der Ministerpräsidenten auf die Wachstumsraten von nationalem Bruttoinlandsprodukt und Aktienmarkt.

FAZIT

Unsere deskriptive Analyse des Zusammenhangs zwischen Bundeskanzlern und dem Wirtschaftswachstum zeigt, dass das Wirtschaftswachstum unter CDU-Kanzlern um 1,6 Prozentpunkte höher lag als unter SPD-Kanzlern. Dieser Unterschied ist jedoch vor

Tab. 2

Wachstumsraten und politische Kongruenz

	BIP-Wachstumsrate				DAX-Wachstumsrate
	1951–2023 (1)	1964–2023 (2)	1951–1989 (3)	1991–2023 (4)	1959–2023 (5)
CDU-Kanzler	-1,044 (3,711)	-2,36 (2,912)	4,96 (5,619)	-0,89 (3,462)	36,787 (28,582)
Anteil CDU-MP	-8,477 (7,645)	-8,477 (5,892)	-14,546 (10,608)	-4,244 (7,196)	59,002 (57,937)
CDU-Kanzler x Anteil CDU-MP	6,433 (8,746)	6,532 (6,865)	-4,184 (13,170)	3,361 (8,099)	-66,791 (67,338)
Beobachtungen	73	60	39	33	65
R ²	0,079	0,046	0,334	0,026	0,053
Mittelwert Y	3,09	2,18	4,47	1,39	8,57

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt die Ergebnisse von Regressionen eines Dummies für CDU-Kanzler und die Interaktion mit dem Anteil an CDU-Ministerpräsidenten im jeweiligen Jahr auf die BIP-Wachstumsrate (Modell 1–4) und die Wachstumsrate des deutschen Aktienleitindex (Modell 5). Standardfehler in Klammern. *p<0,1; **p<0,05; ***p<0,01.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

allem durch die Nachkriegszeit und den Wiederaufbau unter Konrad Adenauer (CDU) getrieben. Beim Wachstum des deutschen Aktienleitindex lassen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede unter CDU- und SPD-Kanzlern feststellen. Die parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierungen war nicht mit dem Wirtschaftswachstum Gesamtdeutschlands korreliert. Unklar bleibt, ob die beobachteten Muster auf die spezifische Politik der jeweiligen Kanzler zurückzuführen sind oder vielmehr durch zeitliche und äußere Einflüsse erklärbar sind.

REFERENZEN

Alesina, A. (1987), »Macroeconomic Policy in a Two-Party System as a Repeated Game«, *Quarterly Journal of Economics* 102(3), 651–678.

Blinder, A. S. und M. W. Watson (2016), »Presidents and the US Economy: An Econometric Exploration«, *American Economic Review* 106(4), 1015–45.

Cahan, D. und N. Potrafke (2021), »The Democrat-Republican Presidential Growth Gap and the Partisan Balance of the State Governments«, *Public Choice* 189(3), 577–601.

Chappell, H. W. Jr. und W. R. Keech (1986), »Party Differences in Macroeconomic Policies and Outcomes«, *American Economic Review* 76(2), 71–74.

Hibbs, D. A. Jr. (1977), »Political Parties and Macroeconomic Policy«, *American Political Science Review* 71(4), 1467–1487.

Kauder, B., B. Larin und N. Potrafke (2014), »Was bringt uns die große Koalition?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15(1), 88–101.

Pastor, L. und P. Veronesi (2020), »Political Cycles and Stock Returns«, *Journal of Political Economy* 128(11), 4011–4045.

Potrafke, N. (2017), »Partisan Politics: The Empirical Evidence from OECD Panel Studies«, *Journal of Comparative Economics* 45(4), 712–750.

Potrafke, N. (2018), »Government Ideology and Economic Policy-Making in the United States – A Survey«, *Public Choice* 174(1–2), 145–207.

Santa-Clara, P. und R. Valkanov (2003), »The Presidential Puzzle: Political Cycles and the Stock Market«, *Journal of Finance* 58(5), 1841–1872.

Schmidt, M.G. (1996), »When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy«, *European Journal of Political Research* 30(2), 155–183.